



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 163. Ratssitzung vom 15. September 2021

4358. 2020/40

Postulat der SVP-Fraktion vom 29.01.2020:

Verbesserung der Strategie der Stadtpolizei bei bewilligten und unbewilligten Demonstrationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Roger Bartholdi (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2156/2020): Wir stellen fest, dass es Handlungsbedarf gibt. Wir sind für eine Null-Toleranz gegenüber Gewalt gegen Menschen – egal ob bei bewilligten oder unbewilligten Demonstrationen. Es ist klar, dass dieses Ziel nicht immer erreicht werden kann. Es muss aber alles unternommen werden, damit im Zusammenhang mit den Demonstrationen keine Menschen verletzt werden. Der Vorstoss will verhindern, dass unbeteiligte Menschen verletzt werden, wenn eine gewaltvolle Demonstration durch die Stadt zieht. Gegen friedliche Demonstrationen ist nichts einzuwenden, am friedlichen Demonstrationsrecht möchten wir auch nichts ändern. Wir sind froh, dass die Innenstadt wieder voller Passantinnen und Passanten ist, die einkaufen. Uns geht es um ihren Schutz. Speziell an Samstagen finden häufig Demonstrationen statt. Das ist an sich kein Problem, aber Krawall oder Gewalt gegen Personen sind nicht akzeptabel. Die Polizei muss aus unserer Sicht alles unternehmen, damit Drittpersonen und sie selbst geschützt werden. Die Gewerkschaft der Polizisten fragt, wie lange noch auf den ersten Todesfall gewartet wird. So weit dürfen wir es nicht kommen lassen. Wir fordern deshalb eine verbesserte Strategie, die den Schutz des eigenen Personals, aber auch von unbeteiligten Personen, zum Ziel hat. Es muss alles unternommen werden, um die körperliche Unversehrtheit von Personen zu schützen. Hier gibt es aus unserer Sicht dringenden Handlungsbedarf.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

***STR Karin Rykart:** Demonstrationen, bei denen es zu Gewalt und Ausschreitungen kommt, sind Einzelfälle. Die Postulanten wünschen sich eine Strategie der Härte. Bei der Erfüllung der polizeilichen Aufgaben ist die Stadtpolizei Zürich an die Verfassung und an die gesamte Rechtsordnung gebunden. Ein härteres Durchgreifen ist nicht per se die richtige Strategie. Eine polizeiliche Massnahme muss immer dem im öffentlichen Interesse verfolgten Zweck dienen. Die Stadtpolizei Zürich muss in Kauf nehmen, dass sie mit Störungen zu rechnen hat. Dabei kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass Polizisten oder auch unbeteiligte Personen verletzt werden könnten. Die Stadtpolizei Zürich ist im Umgang mit Demonstrationen, bei denen es zu Gewaltanwendungen kommt, erfahren. In den allermeisten Fällen gelingt es ihnen auch, die Veranstaltung so zu handhaben, dass die öffentliche Sicherheit gewährleistet ist und es zu keinen verletzten Personen kommt.*



2 / 2

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Egli (FDP): *Das Postulat ist textlich mehr als nur ein wenig verunglückt. Wir konnten es auch mit einem Textänderungsvorschlag nicht retten. Die Absicht des Postulats kann ich nachvollziehen und unterstützte ich absolut. Dennoch ist es keine gute Idee, dass bei gewalttätigen Demonstrationen – ob bewilligt oder unbewilligt – Polizeikräfte zurückgezogen würden, damit sie nicht zu Schaden kommen. Ich persönlich finde auch nicht, dass der Gemeinderat für die Strategie der Stadtpolizei zuständig ist. Ausserdem glaube ich, dass ein Bericht wenig bringt. Aber die Absicht, dass die Polizei einen Job wahrnimmt, bei dem möglichst wenig Personen zu Schaden kommen und gleichzeitig möglichst viel Ruhe und Ordnung hergestellt wird, muss bestehen. Auch ich teile den Eindruck der SVP, dass es nicht immer so wirkt, als wäre diese Absicht von politischer Seite vorhanden. In dieser Form können wir das Postulat aber nicht unterstützen und gehen auch hier in die Enthaltung.*

Roger Bartholdi (SVP): *Wir fordern in unserem Vorstoss natürlich nicht, dass die Polizei sich zurückziehen soll. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten: Eine Massnahme wäre beispielsweise bessere Schutzausrüstung gegen die Pflastersteine, die leider teilweise geworfen werden. Wir machen dem Stadtrat und der Polizei aber bewusst keine genauen Vorgaben, weil wir keine operativen Anweisungen geben möchten. Uns geht es vor allem darum, früh einzugreifen, die Gewaltspirale zu durchbrechen und bei gewaltausübenden Personen einzuschreiten. Das heisst nicht immer, dass man die Demonstration direkt auflösen muss; man kann zum Beispiel den randalierenden Zug stoppen und damit Drittpersonen schützen. Es ist aber nicht meine Aufgabe, diese Empfehlungen abzugeben – auch wenn wir viele Ideen haben, wie man eine Verbesserung erreichen könnte. Natürlich sind die Massnahmen immer situativ einzusetzen, die Polizei muss vor Ort verhältnismässig vorgehen. Das darf aber nicht bedeuten, dass man unter dem Deckmantel der Verhältnismässigkeit die Augen zu macht und den Krawallzug toleriert, bis er so gross ist, dass man mit Hundertschaften auffahren muss. Die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements beruft sich auf das geltende Recht – dann muss sie aber für alle das gleiche Recht anwenden.*

Das Postulat wird mit 15 gegen 71 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat